

KV-Nr.: 2248

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt) aus 10 Blatt sowie 2 Blatt Satzungstext (I, II) und ist vollständig durchnummeriert.

Der Aufgabentext ist zu Beginn auf Vollständigkeit zu überprüfen.

45130 Essen Zweigertstr. 29
45024 Essen Postfach 1212
Telefon 0201/ 203040
Telefax 0201/ 203041

Bankverbindungen:
Sparkasse Essen
BLZ 360 501 05 · Konto 211219
Deutsche Bank Essen
BLZ 360 700 24 · Konto 105057

1. Neues Mandat eintragen:

H + G Beteiligungsgesellschaft mbH
gesetzl. vertr. d. d. Geschäftsführer Hermann Glück
Bredeneyer Str. 15
45133 Essen
Tel. 0201/ 874 34 78

Datum: 01.12.2005

2. Vermerk:

Heute erschien nach vorheriger Terminabsprache Herr Hermann Glück und überreichte folgende Unterlagen:

- Beglaubigte Abschrift der Klageschrift vom 10.11.2005 nebst Anlagen
- Kopie des notariellen Kaufvertrages vom 26.08.2004.

Herr Glück berichtete folgendes:

„Am 25.11.2005 ist der H + G Beteiligungsgesellschaft mbH die überreichte Klageschrift zugestellt worden. Das Gericht hat eine Frist von 3 Wochen gesetzt, um auf die Klage zu erwidern.

Die H + G Beteiligungsgesellschaft war Eigentümerin des Grundstücks Schellstraße 7 in Bochum. Dieses hat sie mit notariellem Vertrag vom 26.08.2004 an Herrn Ludger Treichel, wohnhaft Löwenzahnweg 36, 44797 Bochum, verkauft. Eine Kopie des Kaufvertrages habe ich mitgebracht. Herr Treichel hat den Kaufpreis für das Grundstück am 29.11.2004 gezahlt. Die Übergabe des Grundstücks ist zum 01.12.2004 erfolgt. Die Eigentumsumschreibung im Grundbuch fand am 23.02.2005 statt. Wir haben uns darauf verlassen, dass Herr Treichel die Winterwartung des vor dem Grundstück verlaufenden Gehweges durchführt. Schließlich sind nach § 5 Nr. 1 des Kaufvertrages die Lasten und Gefahren mit Übergabe des Grundstücks auf ihn übergegangen. Kontrollen, ob Herr Treichel seiner Pflicht zur Winterwartung nachkommt, haben wir nicht durchgeführt. Wir sind davon ausgegangen, dass wir mit der Winterwartung nichts mehr zu tun haben.

Auf Nachfrage: Der Stadt Bochum haben wir nicht angezeigt, dass die Winterwartungspflicht von Herrn Treichel übernommen wurde.

Naturgemäß haben wir von dem Sturz des Klägers und den daraus resultierenden Folgen keine Kenntnis. Wir gehen allerdings davon aus, dass die von ihm geschilderten Tatsachen zutreffen.

Nach Erkundigungen, die wir eingeholt haben, gab es in der Zeit vom 04.01. bis zum 08.01.2005 in Bochum starke Schneefälle. Nachbarn des Grundstücks haben uns bestätigt, dass Herr Treichel tatsächlich keine Winterwartung des Gehsteigs durchgeführt hat.


Wir möchten von Ihnen wissen, ob wir uns gegen die Klage verteidigen können. Nach unsere Ansicht haften wir nicht, weil die Winterwartungspflicht gemäß § 5 des Grundstückskaufvertrages allein Herrn Treichel getroffen hat. Außerdem hätten wir den in der Nacht auf den 08.01.2005 gefallenen Schnee doch sowieso erst bis 8 Uhr geräumt haben müssen. Schließlich können wir nicht verstehen, warum wir vor dem Landgericht in Bochum verklagt werden. Schließlich ist unser Sitz in Essen.“

3. Vermerk:

Ein Anruf beim Deutschen Wetteramt in Bochum hat ergeben, dass in der Nacht vom 07. auf den 08.01.2005 in Bochum in der Zeit von 23.30 Uhr bis 4.30 Uhr starker Schneefall geherrscht hat. Die Neuschneedecke in dieser Nacht hat durchschnittlich 15 cm betragen. In den davor liegenden Tagen sind insgesamt 20 cm Schnee gefallen.

4. Akten anlegen.

5. Wv sodann.


(Dr. Schink)

RAe Kothe & Zumbro, Brückstr. 52-54, 44787 Bochum

An das
Landgericht Bochum
Westring 8
44787 Bochum

Peter F. Kothe
Alexander H. Zumbro
Ingrid Mayer-Jacobs¹
Holger Schultkamp

¹ Auch Fachanwältin für Arbeitsrecht

Bürozeiten:
Mo.-Do. 8-13 u. 14-18 Uhr
Fr. 8-14 Uhr

K L A G E

10.11.2005
05/659/Maj/de

des Herrn Hans-Heinrich Kowalewski, Pieperstraße 32, 44789 Bochum,

Klägers,

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Kothe, Zumbro und Kollegen, Brückstraße 52-54, 44787
Bochum

g e g e n

die Firma H + G Beteiligungsgesellschaft mbH, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Herrn
Hermann Glück, Bredeneyer Str. 15, 45133 Essen,

Beklagte,

wegen: Verletzung der Räum- und Streupflicht
vorläufiger Streitwert: 10.000,00 Euro

Namens und in Vollmacht des Kläger erheben wir Klage und bitten um die Anberaumung eines zeitna-
hen Termins, in dem wir beantragen werden:

**Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger ein in das Ermessen des Gerichts gestelltes
Schmerzensgeld in Höhe von mindestens 10.000,00 Euro nebst Zinsen in Höhe von 5 Pro-
zentpunkten über dem Basiszinssatz ab Rechtshängigkeit der Klage zu zahlen.**

Soweit die Voraussetzungen der §§ 307 Abs. 2, 331 Abs. 3 ZPO vorliegen, beantragen wir bereits jetzt,
durch Anerkenntnis- oder Versäumnisurteil zu entscheiden.

BEGRÜNDUNG:

Der 69 Jahre alte Kläger verfolgt mit seiner Klage einen Anspruch auf Zahlung von Schmerzensgeld wegen eines Sturzes auf schneeglattem Gehweg.

I.

Dem ganzen liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Am 08.01.2005 gegen 6.30 Uhr beging der Kläger den vor dem der Beklagten gehörenden Grundstück Schellstraße 7 in Bochum verlaufenden Gehweg. Zum fraglichen Zeitpunkt war der Gehweg mit einer geschlossenen Schneedecke überzogen. Da es in den Tagen vor dem Unfallzeitpunkt mehrfach geschneit hatte und der auf dem Gehweg liegen gebliebene Schnee nicht geräumt worden war, hatte sich eine verfestigte Schneedecke mit vereisten Flächen gebildet. Auf diese Schneedecke hatte sich in der Nacht vom 07. auf den 08.01.2005 eine Neuschneedecke gelegt. Aufgrund dieses Zustands des Gehwegs ist es offensichtlich, dass der Gehweg vor dem Grundstück der Beklagten bereits seit Tagen nicht geräumt oder gestreut worden war.

Beweis: 1. Zeugnis der Regine Trost, Wilhelm-Stumpf-Str. 7, 44879 Bochum
 2. Zeugnis des Volker Brügge, Wilhelm-Stumpf-Str. 7, 44879 Bochum
 3. Zeugnis des Manfred Bommel, Romanusplatz 1, 44879 Bochum
 4. Einholung einer Auskunft des Deutschen Wetterdienstes.

Trotz äußerster Vorsicht rutschte der Kläger, dem, da die neben dem Gehweg liegende Straße ebenfalls noch nicht geräumt worden war, keine Ausweichmöglichkeit zur Verfügung stand, auf der glatten und verschneiten Gehwegoberfläche aus und stürzte zu Boden. Die Zeugen Trost und Brügge haben den Sturz des Klägers beobachtet. Der Zeuge Bommel kam hinzu, als der Kläger bereits verletzt auf dem Gehweg vor dem Grundstück Schellstraße 7 lag.

Beweis: Wie vor Ziffern 1 bis 3.

Infolge des Sturzes hat sich der Kläger erhebliche Verletzungen zugezogen und musste mit einem Unfallfahrzeug in das Knappschafts Krankenhaus in Bochum transportiert werden. In der Zeit vom 08.01.2005 bis zum 31.01.2005 befand er sich dort in stationärer chirurgischer Behandlung.

Entsprechend den Berichten des behandelnden Arztes Dr. Barowski vom 04.02.2005 und 17.03.2005 wurde beim Kläger eine eingestauchte mediale Schenkelhalsfraktur rechts, Typ Pauwels I, ICD-Nr. 72.01R sowie eine nicht dislozierte, subkapitale Humerusfraktur rechts mit Abriss des Tuberkulum majus, ICD-Nr. S42.22R nebst ausgeprägter Hämatombildung im Bereich der rechten Schulter sowie der rechten Hüftgegend diagnostiziert.

Beweis: Vorlage der Arztberichte vom 04.02.2005 und 17.03.2005, vorab in Kopie als Anlagen K1 und K2.

Am 09.01.2005 wurde beim Kläger eine Osteosynthese der Schenkelhalsfraktur mit Micronschrauben in Vollnarkose vorgenommen. Die Oberarmfraktur wurde im Rahmen einer konservativen Therapieführung mit Anlage eines Gilchrist-Verbandes an der rechten Schulter behandelt.

Beweis: Wie vor.

Der gesamte stationäre Aufenthalt war von einer analgetischen Therapie begleitet, um dem Kläger Schmerzlinderung zu verschaffen. Darüber hinaus erfolgte eine Thrombose-Prophylaxe mit Fraxiparin.

Beweis: Wie vor.

Wegen der zum Entlassungszeitpunkt bestehenden umfänglichen Bewegungsbehinderungen wurde eine stationäre Rehabilitationsmaßnahme in der Maternus-Klinik für Rehabilitation in Bad Oeynhausen eingeleitet, die vom 01.02. bis zum 25.02.2005 andauerte.

Beweis: Vorlage des Abschlussberichtes der Maternus-Klinik vom 07.03.2005, vorab in Kopie als Anlage K3.

Die Rehabilitationsmaßnahme zielte darauf ab, die schmerzhaft eingeschränkte Beweglichkeit im Bereich der verletzten Schulter sowie des Hüftgelenkes zu verbessern und eine muskuläre Auskräftigung durch spezielle therapeutische Maßnahmen vorzunehmen. Ebenso sollte ein sichereres und koordiniertes Gangbild unter Benutzung adäquater Hilfsmittel sowie ausreichende Selbsthilfefähigkeit zur Bewältigung der verschiedensten Alltagsaktivitäten und eine Verbesserung der eingeschränkten Gebrauchsfähigkeit des rechten Armes des Klägers erzielt werden.

Beweis: Wie vor.

Auf Grund der weiterhin andauernden erheblichen Schmerzen des Klägers, vornehmlich im Arm-/Schulterbereich war der gesamte Aufenthalt in der Rehabilitationsklinik von einer analgetischen Therapie zur Schmerzlinderung (Tramal/Novalgin) begleitet.

Beweis: Wie vor.

Trotz der umfangreichen Rehabilitationsmaßnahmen sowie der im Anschluss an diese vom Kläger durchgeführten physikalischen Therapie in Form von krankengymnastischen Bewegungsübungen leidet der Kläger weiterhin unter körperlichen Beeinträchtigungen, insbesondere endgradigen Bewegungsbehinderungen, aber auch unter einer Herabsetzung der Trage- und Belastungsfähigkeit sowohl des rechten Armes als auch des rechten Beines. Nur kurze Gehstrecken kann der Kläger ohne Unterarmgehstützen zurücklegen, im Übrigen muss er weiterhin zwei Unterarmgehstützen benutzen. Für die Entfernung der zur Behandlung der Schenkelhalsfraktur am Knochen angebrachten Micronschrauben wird eine Folgeoperation, wiederum in Vollnarkose, notwendig sein, die mit einem weiteren stationären Aufenthalt des Klägers verbunden ist.

Beweis: Vorlage des Arztberichtes vom 17.03.2005, vorab in Kopie Anlage K2.

Ausweislich des ärztlichen Berichtes vom 17.03.2005 wird die Beweglichkeit des rechten Schultergelenkes trotz weiterer krankengymnastischer Bewegungsübungen beim Kläger auch nach Abschluss der Behandlung eingeschränkt bleiben.

Beweis: Wie vor.

Entsprechend des derzeitigen gesundheitlichen Zustandes des Klägers ist festzuhalten, dass die infolge des Sturzes erlittenen Verletzungen auf Grund der fortbestehenden Schmerzen allgegenwärtig sind und den Kläger, ebenso wie die eingeschränkte Beweglichkeit und Belastbarkeit, in seinem alltäglichen Leben stark beeinträchtigen. In einer Vielzahl von Alltagssituationen ist er auf fremde Hilfe angewiesen oder muss bestimmte Tätigkeiten gänzlich von Dritten ausführen lassen. Die Verrichtung von selbst-

ständigen Tätigkeiten im Haushalt sind ihm kaum noch möglich, da er weder den rechten Arm heben noch diesen belasten, also etwas mit ihm tragen kann. Darüber hinaus ist es dem Kläger nur eingeschränkt möglich, sich beispielsweise hinzuknien oder in die Hocke zu gehen.

II.

Für das Unfallgeschehen haftet die Beklagte gemäß § 823 BGB i. V. m. §§ 2, 3 der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bochum (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 22. Dezember 1981.

Nach dieser Satzung ist der Beklagten die Winterwartung des an ihr Grundstück angrenzenden Gehwegs auferlegt. Danach sind Gehwege in einer für den Fußgängerverkehr erforderlichen Breite, mindestens jedoch einen Meter, von Schnee freizuhalten. Hiergegen hat die Beklagte evidentermaßen verstoßen, weil sie - wie unter Beweis gestellt wurde - gleich mehrere Tage ihrer Räum- und Streupflicht nicht nachgekommen ist.

Die Beklagte wurde unter Fristsetzung bis zum 19.08.2005 aufgefordert, das klageweise geltend gemachten Schmerzensgeld an den Kläger zu zahlen. Sie sowie ihr Haftpflichtversicherer lehnen jedoch einen Schadensersatzpflichtigkeit ab und behaupten diesbezüglich, dass das Grundstück zum Unfallzeitpunkt bereits an einen Herrn Ludger Treichel veräußert worden sei. Der wirtschaftliche Übergang des Grundstücks sei zum 01.12.2004 erfolgt.

- Beweis:**
1. Vorlage des Schreibens der Beklagten vom 17.08.2005, vorab in Kopie als Anlage K4.
 2. Vorlage des Schreibens der Allianz Versicherungs AG vom 30.08.2005, vorab in Kopie als Anlage K5.

Die Beklagte war jedoch zum Unfallzeitpunkt noch Eigentümerin des Grundstücks. Die Eigentumsumschreibung auf Herrn Treichel erfolgte erst zum 23.02.2005.

Beweis: Beiziehung der Grundbuchakten.

Damit traf die Winterdienstpflicht die Beklagte, so dass diese dem Kläger schadensersatzpflichtig ist. Angesichts der geschilderten Verletzungen und der hieraus für den Kläger resultierenden Folgen erscheint ein Schmerzensgeld in Höhe von mindesten 10.000,00 Euro als angemessen.

Angesichts der Weigerung der Beklagten, diesen Betrag zu zahlen, ist Klage geboten.

Beglaubigt

[Handwritten Signature]
(Mayer)

Rechtsanwältin

Hinweis des LJPA: Vom Abdruck der Anlagen K1 bis K5 wurde abgesehen. Diese haben den angegebenen Inhalt.



Verhandelt

zu Bochum am 26.08.2004

Vor mir, dem unterzeichnenden Notar

Dr. Josef Grund

in Bochum

erschienen heute:

1. Herr Hermann Glück, dienstansässig Bredeneyer Str. 15, 45133 Essen,
handelnd als gesetzlicher Vertreter der Firma H + G Beteiligungsgesellschaft mbH, Bredeneyer Str. 15, 45133 Essen
- nachstehend Verkäuferin genannt -
2. Herr Ludger Treichel, geboren am 03.07.1969 in Wanne-Eickel, Löwenzahnweg 36, 44797 Bochum
- nachstehend Käufer genannt -

Der Erschienenene zu 1. ist dem Notar von Person bekannt.

Der Erschienenene zu 2. wies sich durch Vorlage seines amtlichen Lichtbildausweises aus.

Die Erschienenenen baten um die Beurkundung des nachstehenden

Kaufvertrages mit Auflassung

und erklärten zu notariellem Protokoll:

§ 1 Kaufobjekt

1. Die Verkäuferin ist eingetragene Eigentümerin der im Grundbuch des Amtsgerichts Bochum von Wiemelhausen Blatt 0234 verzeichneten Grundbesitzung
lfd. Nr. 27 des Bestandsverzeichnisses
Gemarkung Wiemelhausen, Flur 19, Flurstück 378,
Gebäude- und Freifläche, Schellstraße 7, 630 qm groß.
- nachstehend Kaufobjekt genannt -
2. Der Notar hat das Grundbuch eingesehen am 19.08.2004 und folgende Belastungen festgestellt:
(...)
3. Der Notar hat das Baulastenverzeichnis der Stadt Bochum eingesehen am 19.08.2004. Es besteht folgende Baulast:
(...)

4. Die Verkäuferin verkauft an den dies annehmenden Käufer das vorbezeichnete Grundstück nebst dem aufstehenden Gebäude lastenfrei in Abt. III. Die in Abt. II eingetragenen Dienstbarkeit sowie die Baulast werden vom Käufer entschädigungslos übernommen.

Hinsichtlich der in Abt. III eingetragenen Belastung steht die Verkäuferin dafür ein, dass die Belastung im Rahmen der Abwicklung des Vertrages gelöscht wird.

Der beurkundende Notar wird schon jetzt unwiderruflich beauftragt, die entsprechende Löschungsbewilligung des Kreditinstitutes zu treuen Händen anzufordern.

Die Verkäuferin beantragt schon jetzt die entsprechende Löschung im Grundbuch auf ihre Kosten.

§ 2 Kaufpreis, Kaufpreisfälligkeit

1. Der Kaufpreis beträgt

320.000,00 Euro

(i. W. dreihundertzwanzigtausend Euro).

2. Der Kaufpreis ist zur Zahlung fällig am 30.11.2004, frühestens jedoch, wenn
- 2.1. dem Notar alle zur vertragsgemäßen Umschreibung erforderlichen Genehmigungen und Erklärungen, mit Ausnahme der steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes, vorliegen,
 - 2.2. die nachbeurkundete Eigentumsverschaffungsvormerkung zugunsten des Käufers im Range nach den vorgenannten Rechten im Grundbuch erfolgt bzw. sichergestellt ist,
 - 2.3. dem Notar sämtliche Löschungsunterlagen bezüglich nicht übernommener Rechte auflagenfrei oder mit erfüllbaren Auflagen vorliegen.
3. Der Notar wird bereits jetzt beauftragt, dem Käufer und seinem finanzierenden Kreditinstitut zu gegebener Zeit mitzuteilen, dass die vereinbarten Fälligkeitsvoraussetzungen für die Zahlung des Kaufpreises erfüllt sind und ihm die Löschungsunterlagen der abzulösenden Gläubiger zu treuen Händen vorliegen, deren Treuhandaufträge der Notar gegebenenfalls seiner Mitteilung beifügen wird. Die Kaufpreiszahlung muss am Fälligkeitstermin zugunsten der Verkäuferin auf dem Konto bei der
- Sparkasse Bochum,
Konto Nr. 138 7048, (BLZ 430 500 01),
eingegangen sein.
4. Der Käufer kommt in Verzug, wenn er den Kaufpreis nicht innerhalb von 10 Tagen nach Zugang der Fälligkeitsmitteilung zahlt, nicht jedoch vor dem vereinbarten Fälligkeitstermin am 30.11.2004. Der Notar hat die Beteiligten auf die Verzugsfolgen hingewiesen, insbesondere darauf, dass der Verzugszinssatz für das Jahr 5 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz beträgt, der sich zum 01.01. und 01.07. eines jeden Jahres verändern kann.
5. Der Käufer unterwirft sich wegen seiner vorstehend übernommenen Verpflichtung zur Zahlung des Kaufpreises, einschließlich der gesetzlichen Verzugszinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz ab dem 01.12.2004 - dieses Datum wird ausschließlich aus Gründen der Bestimmtheit des Zinsbeginns genannt -, dem Verkäufer gegenüber der sofortigen Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde in sein gesamtes Vermögen. Der Notar wird allseits angewiesen, der Verkäuferin auf deren Verlangen, nicht jedoch vor Ablauf von 10 Tagen nach Mitteilung des amtierenden Notars gemäß § 2 Ziffer 3 und nicht vor dem 01.12.2004 eine vollstreckbare Ausfertigung dieser Urkunde zu erteilen.

Die Beteiligten sind sich darüber einig, dass die Verjährungsfrist für den Kaufpreisan-spruch 30 Jahre vom gesetzlichen Beginn der Frist an beträgt.

Das gleiche gilt für den Anspruch auf Übereignung und Übergabe des Vertragsgegenstandes.

(...)

§ 5 Übergabe

1. Die Übergabe erfolgt am Monatsersten, der auf die vollständige Kaufpreiszahlung an den Verkäufer folgt.

Von diesem Zeitpunkt an gehen Besitz, Nutzungen, Lasten und Gefahren auf den Käufer über.

2. (...)

§ 6 Auflassungsvormerkung, Auflassung

1. Die Verkäuferin bewilligt unwiderruflich zugunsten des Käufers, dieser beantragt die Eintragung der Auflassungsvormerkung gemäß § 883 BGB für das Kaufobjekt in das Grundbuch.

Der Käufer bewilligt und beantragt bereits jetzt die Löschung der Vormerkung zugleich mit der Eigentumsumschreibung, sofern keine Zwischeneintragungen vorgenommen oder beantragt sind, denen er nicht zugestimmt hat bzw. bei denen er nicht mitgewirkt hat.

2. Die Beteiligten sind darüber einig, dass das Eigentum an dem Kaufobjekt auf den Käufer übergeht. Sie bewilligen und beantragen die Eintragung des Eigentumswechsels in das Grundbuch.

Die Eigentumsumschreibung im Grundbuch soll jedoch erst erfolgen, wenn der Kaufpreis einschließlich etwaiger Zinsen und Nebenleistungen gezahlt ist. Sie kann solange verweigert werden, bis der Käufer vereinbarte Nebenleistungen und etwaige Verzugszinsen erbracht hat.

Der amtierende Notar wird allseits angewiesen, den Antrag auf Eigentumsumschreibung dem Grundbuchamt erst nach Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen zur Erledigung einzureichen und dem Käufer vorher keine Ausfertigungen oder beglaubigte Abschriften, die die Auflassung enthalten, zu erteilen. Der Käufer verzichtet im übrigen auf das ihm zustehende eigene Antragsrecht gegenüber dem Grundbuchamt.

(...)

Hinweis des LJPA: Vom Abdruck der restlichen Bestandteile des Grundstückskaufvertrages wurde abgesehen. Diese sind für die Bearbeitung nicht erforderlich.

Vermerk für die Bearbeitung

10

Die Angelegenheit ist aus anwaltlicher Sicht zu bearbeiten. Dabei sollen auch Überlegungen zur Zweckmäßigkeit des Vorgehens angestellt werden. Zeitpunkt der Begutachtung ist der 01.12.2005.

Sollte eine Frage für beweisenerheblich gehalten werden, so ist eine Prognose zu der Beweislage (z. B. Beweislast, Qualität der Beweismittel etc.) zu erstellen.

Werden Anträge an ein Gericht empfohlen, so sind diese am Ende des Vortrages auszuformulieren.

Die Formalien (Ladungen, Zustellungen, Unterschriften, Vollmachten) sind in Ordnung.

Der Sitz der Beklagten liegt in den Bezirken des Amts- und des Landgerichts Essen. Die Schellstraße in Bochum liegt in den Bezirken des Amts- und des Landgerichts Bochum.

**Satzung über die Straßenreinigung und die
Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
in der Stadt Bochum (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)
vom 22. Dezember 1981
in der Fassung der zwanzigsten Änderungssatzung vom 19. Dezember 2002
(Auszug)**

§ 1 Allgemeines

(1) Die Stadt betreibt die Reinigung der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Plätze (öffentliche Straßen) innerhalb der geschlossenen Ortslagen, bei Bundesstraßen, Landstraßen und Kreisstraßen jedoch nur der Ortsdurchfahrten, als öffentliche Einrichtung, soweit die Reinigung nicht nach § 2 den Grundstückseigentümern übertragen wird. Die Reinigungspflicht umfasst die Reinigung der Fahrbahnen und der Gehwege. Zur Fahrbahn gehören auch Radwege, Sicherheitsstreifen, Parkstreifen und Haltestellenbuchten sowie das Straßenbegleitgrün; Gehwege sind selbständige Gehwege sowie alle Straßenteile, die erkennbar von der Fahrbahn abgesetzt sind und deren Benutzung durch Fußgänger vorgesehen oder geboten ist. Straßen, bei denen im Rahmen von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen keine Trennung von Gehweg und Fahrbahn erfolgte und auf deren Flächen Pflanzhochbeete, Parknischen o. ä. aufgebracht wurden, werden wie Straßen mit Gehwegen behandelt.

(2) Zur Reinigung gehört auch die Winterwartung. Diese umfasst insbesondere das Schneeräumen auf den Fahrbahnen und Gehwegen sowie das Bestreuen der Gehwege, Fußgängerüberwege und gefährlichen Stellen auf den Fahrbahnen bei Schnee- und Eisglätte.

(3) (...)

§ 2 Übertragung der Reinigungspflicht

(1) Die Reinigung der im anliegenden Straßenverzeichnis aufgeführten Straßen wird wie folgt den Eigentümern der an sie angrenzenden und durch sie erschlossenen Grundstücke auferlegt:

1. in den mit dem Buchstaben A gekennzeichneten Fällen die volle Reinigungspflicht (Fahrbahnen und Gehwege),
2. in den mit den Buchstaben B, C und D gekennzeichneten Fällen die Reinigung der Gehwege,
3. in den übrigen Fällen die Winterwartung der Gehwege.

Sind die Grundstückseigentümer beider Straßenseiten reinigungspflichtig (§ 4 Abs. 2), so erstreckt sich die Reinigung nur bis zur Straßenmitte. Das Straßenverzeichnis ist Bestandteil dieser Satzung.

(2) Auf Antrag des Reinigungspflichtigen kann ein Dritter durch schriftliche Erklärung gegenüber der Stadt mit deren Zustimmung die Reinigungspflicht an seiner Stelle übernehmen, wenn eine ausreichende Haftpflichtversicherung nachgewiesen wird; die Zustimmung ist jederzeit widerruflich und nur so lange wirksam, wie die Haftpflichtversicherung besteht.

§ 3 Art und Umfang der übertragenen Reinigungspflicht

(1) Soweit die Reinigungsverpflichtung den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke obliegt, sind die Straßen Samstags

in der Zeit vom 1. April - 30. September bis spätestens 19.00 Uhr
und

in der Zeit vom 1. Oktober - 31. März bis spätestens 17.00 Uhr

zu reinigen. Außergewöhnliche Verunreinigungen sind unverzüglich zu beseitigen. Belästigende Staubentwicklung ist zu vermeiden. Kehricht und sonstiger Unrat sind nach Beendigung der Säuberung unverzüglich zu entfernen.

(2) Die Gehwege sind in einer für den Fußgängerverkehr erforderlichen Breite, mindestens jedoch einen Meter, von Schnee freizuhalten; bei Schnee- und Eisglätte sind die Gehwege in gleicher Breite zu bestreuen. Auf Gehwegen ist die Verwendung von Salz oder sonstigen umweltproblematischen auf-

tauenden Stoffen grundsätzlich verboten; ihre Verwendung ist nur bei gefährlichen Gehwegstellen (z. B. Treppen, Passagen, Brückenauf- und -abgängen, steilen Gefällstrecken) oder bei außergewöhnlichen Wetterverhältnissen (z. B. Eisregen) erlaubt, soweit ein verkehrssicherer Zustand mit abstumpfenden Mitteln allein nicht hergestellt werden kann.

[Anmerkung: § 3 Abs. 2 geändert durch Änderungssatzung vorn 3. Januar 1990]

Für den Fußgängerverkehr notwendige Übergänge und gefährliche Stellen auf den von den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke zu reinigenden Fahrbahnen müssen ebenfalls abgestreut werden. Bei Straßen ohne Gehwegen, bei Straßen, bei denen im Rahmen von Wohnumfeldverbesserungs- bzw. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen keine Trennung von Gehweg und Fahrbahn erfolgte, sowie bei Fußgängerstraßen ist ein mindestens ein Meter breiter Streifen entlang der Grundstücke zur Straßenmitte hin von Schnee und Eis freizuhalten. Bei öffentlichen Straßen, die mit einer Fahrbahnbegrenzungslinie versehen sind und bei denen der Abstand zwischen der Fahrbahnbegrenzungslinie und der Grundstücksgrenze mehr als einen Meter beträgt, ist ein mindestens ein Meter breiter Streifen entlang der Fahrbahnbegrenzungslinie zur Grundstücksgrenze hin von Schnee und Eis freizuhalten.

(3) An Haltestellen für öffentliche Verkehrsmittel und Schulbusse müssen die Gehwege so von Schnee freigehalten und bei Glätte bestreut werden, dass ein möglichst gefahrloser Zu- und Abgang - auch zu etwaig vorhandenen Wartehäuschen - gewährleistet ist.

[Anmerkung: Geändert durch Änderungssatzung vom 19. Dezember 1997]

(4) Schneeüberhang sowie Eiszapfen an Gebäuden, durch die Verkehrsteilnehmer gefährdet werden können, sind zu entfernen.

(5) In der Zeit von 7.00 Uhr bis 20.00 Uhr gefallener Schnee und entstandene Glätte sind unverzüglich nach Beendigung des Schneefalls bzw. nach dem Entstehen der Glätte zu beseitigen. Nach 20.00 Uhr gefallener Schnee und entstandene Glätte sind bis 8.00 Uhr des folgenden Tages zu beseitigen.

(6) Der Schnee ist auf dem an die Fahrbahn grenzenden Teil des Gehweges oder - wo dieses nicht möglich ist - auf dem Fahrbahnrand so zu lagern, dass der Fahr- und Fußgängerverkehr hierdurch nicht mehr als unvermeidbar gefährdet oder behindert wird. Die Einläufe in Entwässerungsanlagen und die Hydranten sind von Eis und Schnee freizuhalten. Schnee und Eis von Grundstücken dürfen nicht auf den Gehweg und die Fahrbahn geschafft werden. Baumscheiben und begrünte Flächen dürfen nicht mit Salz bestreut, salzhaltiger Schnee darf auf ihnen nicht abgelagert werden.

(7) Die nach anderen Rechtsvorschriften bestehende Verpflichtung des Verursachers, außergewöhnliche Verunreinigungen unverzüglich zu beseitigen, befreit den nach § 2 Verpflichteten nicht von seiner Reinigungspflicht.

§4 Begriff des Grundstückes

Grundstück im Sinne dieser Satzung ist, unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch, jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbstständige wirtschaftliche Einheit bildet.

(2) Erschlossen ist ein Grundstück dann, wenn seine wirtschaftliche oder verkehrliche Nutzung durch die Straße, insbesondere durch einen Zugang oder eine Zufahrt, möglich ist. Das gilt in der Regel auch, wenn das Grundstück durch Anlagen wie Gräben, Böschungen, Grünanlagen, Mauern oder in ähnlicher Weise von der Straße getrennt ist.

(...)

Hinweis des LJPA: Die Schellstraße in Bochum ist im anliegenden Straßenverzeichnis mit dem Buchstaben B gekennzeichnet.

Dem Vortrag liegt das Verfahren 8 O 434/03 LG Bochum zugrunde. Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er soll lediglich auf die Probleme weisen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe für einen Aktenvortrag auszugeben.

1. Teil: Die Erfolgsaussichten der Klage

A. Zulässigkeit

Die Klage dürfte zulässig sein. Das Landgericht Bochum dürfte gemäß § 71 Abs. 1 GVG sachlich und gemäß § 32 ZPO örtlich zuständig sein. Die Zulässigkeit des unbestimmten Antrags folgt daraus, dass bei Ansprüchen, die - wie hier das Schmerzensgeld - von einem freien Ermessen des Gerichts abhängen, eine Ausnahme von dem Bestimmtheitsersfordernis des § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO zugelassen wird (vgl. T. Mas/Putzo, 27. Aufl., § 253 Rn. 12). Diesen Erfordernissen dürfte der Kläger genügt haben.

B. Begründetheit

Die Klage dürfte aller Voraussicht nach unbegründet sein.

Dem Kläger dürfte gegen die Beklagte kein Anspruch aus § 823 Abs. 1 BGB wegen unterlassener Winterwartung des an das Grundstück Schellstraße 7 angrenzenden Gehwegs zustehen.

Daneben kommt ein Anspruch aus § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. §§ 2, 3 der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Bochum (StrGebS BO), die ein Schutzgesetz darstellen dürfte (vgl. OLG Köln, NJW-RR 1996, 655), in Betracht. Insoweit gelten die gleichen Überlegungen wie zu § 823 Abs. 1 BGB.

Der Kläger dürfte aller Voraussicht nach beweisen können, dass er auf dem Gehweg vor dem Grundstück Schellstraße 7 in Bochum gestürzt ist. Fraglich ist, ob die Mandantin für diesen Sturz verantwortlich ist. Hier dürfte der Mandantin der Sturz des Klägers nur infolge eines Unterlassens - nämlich unterlassener Winterwartung des Gehwegs - zugerechnet werden können. Eine Haftungsbegründung durch ein Unterlassen setzt die Verletzung einer Verkehrssicherungspflicht voraus (vgl. Palandt, 64. Aufl., § 823 Rn. 2). Fraglich ist daher, ob der Mandantin die Winterwartung des Gehwegs als Verkehrssicherungspflicht obliegt. Dies dürfte zu bejahen sein. Bei der Reinigung- und Winterwartungspflicht für öffentliche Wege handelt es sich zwar grundsätzlich um eine Verkehrssicherungspflicht, die gemäß § 1 des StrReinG NW der jeweiligen Gemeinde obliegt (vgl. auch Palandt, a. a. O., § 823 Rn. 224). Diese Verkehrssicherungspflicht hat die Stadt Bochum jedoch gemäß § 4 des StrReinG NW im von der StrGebS BO bestimmten Umfang auf die Eigentümer der angrenzenden Grundstücke übertragen. Damit dürfte die Mandantin die Winterwartungspflicht bezüglich des Gehweges getroffen haben. Die Eigentümer des an die Straße angrenzenden und durch sie erschlossenen Grundstücks gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 2 StrGebS BO die Pflicht zur Reinigung der Gehwege trifft, zu der auch die Pflicht zur Winterwartung gehört (vgl. § 1 Abs. 2 StrReinG NW, § 1 Abs. 2 StrGebS BO). Dabei wird als Anknüpfungspunkt für die Pflichtenstellung allein auf die formale Eigentümerstellung abgestellt. Eigentümerin des Grundstücks Schellstraße war aber zum hier interessierenden Unfallzeitpunkt die Mandantin, da die Eigentumsumschreibung im Grundbuch auf den Grundstückskäufer damals noch nicht erfolgt war.

Die Mandantin dürfte sich von der Pflicht zur Winterwartung auch nicht durch die in § 5 des notariellen Grundstückskaufvertrages bestimmte Gefahren- und Lastentragung freigezeichnet haben. Eine Übertragung der Straßenreinigungspflicht auf einen Dritten gemäß §§ 4 Abs. 3 StrReinG NW, 2 Abs. 2 StrGebS BO kommt nicht in Betracht, da diese eine schriftliche Anzeige an die Stadt Bochum und deren Zustimmung voraussetzt, woran es hier fehlt. Allerdings könnte eine Übertragung der Verkehrssicherungspflicht nach allgemeinen Grundsätzen erfolgt sein (vgl. Palandt, a. a. O., § 823 § 229). Von der in § 5 des notariellen Kaufvertrages getroffenen Bestimmung dürfte die Straßenreinigungspflicht jedoch nicht erfasst gewesen sein. Nach dieser Regelung gingen Besitz, Nutzungen, Lasten und Gefahren mit der Übergabe des Grundstücks auf den Käufer über. Die Straßenreinigungspflicht dürfte jedoch weder dem Begriff der Lasten noch dem der Gefahren unterfallen. Lasten sind die auf der Sache oder dem Recht liegenden Verpflichtungen zu Leistungen, die aus der Sache oder dem Recht zu entrichten sind (vgl. Palandt, a. a. O., § 103 Rn. 1). Die Straßenreinigungspflicht ist von dem Eigentümer jedoch persönlich zu erfüllen und damit gerade nicht aus dem Grundstück zu erbringen (vgl. BGH, NJW 1990, 111, 112). Der Begriff der Gefahr dürfte die Gefahr des Untergangs der Sache meinen und damit ebenfalls nichts mit der Straßenreinigungspflicht zu tun haben. Dafür, dass die Kaufvertragsparteien ein hiervon abweichendes Begriffsverständnis gehabt haben, dürfte nichts ersichtlich sein.

Selbst wenn man davon ausgehen sollte, die Straßenreinigungspflicht sei infolge § 5 des notariellen Kaufvertrages auf den Grundstückskäufer mit der Grundstücksübergabe übergegangen, hätte dies nicht dazu geführt, dass die Mandantin von der Straßenreinigungspflicht völlig frei geworden wäre. Ihre Pflicht hätte sich nur zu einer Überwachungspflicht, an die strenge Anforderungen zu stellen sind, verengt (vgl. Palandt, a. a. O., § 823 Rn. 229). Dieser Überwachungspflicht dürfte die Mandantin nicht genügt haben, da sie nach ihrem eigenen Bekunden keinerlei Kontrollen durchgeführt hat, ob der Käufer seine Winterwartungspflicht erfüllt.

Die Mandantin dürfte ihre Straßenreinigungspflicht auch verletzt haben. Dem Kläger dürfte es jedoch nicht gelingen nachzuweisen, dass diese Pflichtverletzung für seinen Sturz kausal geworden ist. Nach § 3 Abs. 5 der StrGebS BO ist in der Zeit von 7.00 Uhr bis 20.00 Uhr gefallener Schnee und entstandene Glätte unverzüglich nach Beendigung des Schneefalls bzw. nach dem Entstehen der Glätte zu beseitigen. Nach 20.00 Uhr gefallener Schnee und entstandene Glätte sind hingegen erst bis 8.00 Uhr des folgenden Tages zu beseitigen. Demnach kann unter Zugrundelegung der Richtigkeit der klägerischen Behauptungen ein Pflichtenverstoß der Mandantin lediglich für bis zum 07.01.2005, 20.00 Uhr gefallenen Schnee angenommen werden. Hinsichtlich des danach in der Nacht vom 07.01. auf den 08.01.2005 gefallenen Schnees lag dagegen zum Unfallzeitpunkt kein Verstoß gegen die Straßenreinigungspflicht vor, weil dieser Schnee erst bis 8.00 Uhr zu beseitigen gewesen wäre, sich der Sturz jedoch schon um 6.30 Uhr ereignete. Angesichts dieser Sachlage dürfte für den Kläger kein erster Anschein streiten, dass die auf den Altschnee bezogene Pflichtverletzung für seinen Sturz kausal geworden ist, so dass er für die Ursächlichkeit der Pflichtverletzung die volle Darlegungs- und Beweislast trägt. Von einem solchen Anschein für die Schadensursächlichkeit der Pflichtverletzung ist zwar immer dann auszugehen, wenn ein Fußgänger auf einem nicht geräumten Gehweg innerhalb der zeitlichen Grenzen der Winterwartungspflicht zu Fall kommt (vgl. BGH NJW 1984, 432, 433; OLG Köln NJW-RR 1996, 655). Im vorliegenden Fall hat sich der Unfall jedoch außerhalb der Zeiten, in denen zu räumen oder zu streuen gewesen wäre, ereignet. Zudem besteht eine nicht geringe Wahrscheinlichkeit dafür, dass der Kläger allein aufgrund der keinen Pflichtenverstoß begründenden Neuschneedecke zu Fall gekommen ist. Damit liegt kein typischer Geschehensablauf mehr vor, der nach der Lebenserfahrung auf eine bestimmte Ursächlichkeit hinweist. Weitergehende Indizien, die für eine Ursächlichkeit der nicht geräumten Altschneedecke für den Sturz des Klägers sprechen, dürften diesem nicht zur Verfügung stehen. Dass lediglich die Möglichkeit besteht, dass der Sturz auch auf die Altschneedecke zurückzuführen ist, reicht nicht aus, um die Kausalität der Pflichtverletzung bejahen zu können. Eine Unterlassung ist nämlich nur dann für einen Schadenserfolg kausal, wenn pflichtgemäßes Handeln den Schaden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit verhindert hätte; die bloße Möglichkeit genügt insoweit nicht (vgl. BGH, NJW 1984, 432, 434).

2. Teil: Zweckmäßiges Vorgehen:

Da die Mandantin sich mit Erfolg gegen die Klage zur Wehr setzen können dürfte, dürfte ein Klageerwiderungsschriftsatz, in dem Klageabweisung zu beantragen ist, vorzuschlagen sein.